

# DIE LINKE. Sachsen

## 3. Tagung des 14. Landesparteitages

### C. Sachantrag an die 3. Tagung des 14. Landesparteitages

#### C.6. Innen- und Rechtspolitik neu denken – Keine Angst vor Debatten zur „Öffentlichen Sicherheit“!

Beschluss der 3. Tagung des 14. Landesparteitages der LINKEN. Sachsen am 25. August 2018 in Hoyerswerda

---

Der Landesparteitag beschließt:

1. Für DIE LINKE. Sachsen war, ist und bleibt die Frage der Schaffung „Öffentlicher Sicherheit“ zuallererst eine Frage der Gewährleistung sozialer Gerechtigkeit und des sozialen Ausgleichs als das tragende Fundament für den Schutz vor und zur wirksamen Prävention von Kriminalität bei der Gestaltung unserer Gesellschaft.
2. „Öffentliche Sicherheit“ bedeutet für DIE LINKE. Sachsen zugleich auch immer eine Frage des Schutzes der/s Einzelnen und der Öffentlichkeit vor unverhältnismäßigen staatlichen Eingriffen in die durch die Verfassung garantierten Grundrechte sowie in die für das Fortbestehen des demokratischen Rechtsstaat unverzichtbaren individuellen Grund-, Freiheits- und Persönlichkeitsrechte oder gar deren programmierte Einschränkung.
3. DIE LINKE. Sachsen stand und steht – im Gegensatz zu anderen Landesparteien, wie der CDU, der AfD und auch Teile der SPD und der FDP – als Garant für das Primat der Bürgerrechte und der elementaren Rechtsstaatsprinzipien dafür ein, dass diese nicht unter Berufung auf ein vermeintliches übergeordnetes Sicherheitsinteresse weiter ausgehöhlt werden.
4. DIE LINKE. Sachsen bekennt sich zum demokratischen und sozialen Rechtsstaat, der insbesondere einen für alle erreichbaren und bezahlbaren Rechtsschutz, wirkliche Gleichheit vor dem Gesetz, tatsächliche Unabhängigkeit der Rechtsprechung und eine ebenso bürgerfreundlich wie unbürokratisch arbeitende Verwaltung sowie eine bedarfsgerecht ausgestattete und strukturierte, bürgernah und partnerschaftlich handelnde Polizei garantiert.
5. DIE LINKE. Sachsen nimmt das offensichtlich in weiten Teilen der Bevölkerung bestehende subjektive „Unsicherheitsgefühl“ und die daraus resultierenden Befürchtungen bis hin zu konkreten Ängsten in der Frage der Gewährleistung der „Öffentlichen Sicherheit“ ernst und stellt sich der Verantwortung, eigenständige Antworten und Konzepte zu entwickeln, um diesem wahrnehmbaren „Unsicherheitsgefühl“ in für die Betroffenen nachvollziehbarer Weise wirksam zu begegnen; insbesondere auch im Rahmen des Diskussionsprozesses zur Erstellung des Landeswahlprogrammes.
6. DIE LINKE. Sachsen beauftragt Heiko Rosenthal (Mitglied des Landesvorstandes), Enrico Stange (Innenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag) und Klaus Bartl (Verfassungs- und rechtspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag) auf der Grundlage der Beschlusspunkte 1 bis 5 ein

***„Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit aus linker, grundrechts- und freiheitsschonender Perspektive, mit Schwerpunktsetzung auf eine bürgernahe und partnerschaftliche Kriminalprävention, die der Bevölkerung vor Ort persönliche Sicherheit vermittelt“***

zu erarbeiten und der Landespartei vorzulegen sowie auf dessen Grundlage landesweit eine öffentliche Debatte zu führen.

## DIE LINKE. Sachsen

### 3. Tagung des 14. Landesparteitages

#### Wir meinen:

Ein rationaler und unaufgeregter Umgang mit neuen linken Ansätzen für öffentliche und persönliche Sicherheit bei gleichzeitiger Stärkung der Bürger\*innenrechte ist möglich!

Dazu müssen wir als LINKE. Sachsen den Bürger\*innen ein konkretes Politikangebot unterbreiten, über das wir offen und ehrlich miteinander reden müssen und das wir öffentlich diskutieren sollten!

#### Entscheidung des Parteitages

angenommen:  abgelehnt:

überwiesen an: \_\_\_\_\_

Stimmen dafür: \_\_\_\_\_ dagegen: \_\_\_\_\_ Enthaltungen: \_\_\_\_\_

Bemerkungen: \_\_\_\_\_